

In der Stadt des guten Griechen

Thessaloniki gilt bei der EU als „Modell für ganz Griechenland“. Was macht Bürgermeister Gianni Boutaris anders?



Aufbruchstimmung im Norden: Thessaloniki – hier die Flaniermeile am Meeresufer – hat sich zu einem Ort entwickelt, an dem Griechen wieder Vertrauen in die Zukunft fassen.

Foto: iStock

VON MARINA KORMBAKI

THESSALONIKI. An einem späten Nachmittag, als die Schatten der Flaneure auf der Uferpromenade schon recht lang sind, setzt eine Geigerin zu Beethovens „Ode an die Freude“ an. Die Europahymne – ausgerechnet damit möchte die Frau, ganz in Schwarz gekleidet, die Menschen von Thessaloniki dazu bewegen, Münzen in den Hut vor ihren Füßen zu werfen? Wo doch im sechsten Jahr der Krise Europa vielen Griechen als Grund ihrer Misere gilt?

Und doch, es klumpert im Zylinder. Und die verheißungsvolle Melodie klingt kein bisschen ironisch. Im Gegenteil: Sie passt sehr gut zu dieser Stadt, die aller Wahrscheinlichkeit nach zum Trotz inmitten der Krise aufblüht.

Eine Insel der Seligen, Enklave von Glück und Wohlstand, das ist Thessaloniki nicht. Auch diese Stadt trägt die Wundmale der Schuldenkrise: verfallene Läden, Bauruinen, Elendsgestalten auf öffentlichen Plätzen. Aber die Tristesse weist Brüche auf, immer wieder fallen Zeichen des Fortschritts ins Auge – auch solche, die erst recht untypisch sind für Griechenland: Radfahrer sind auf der Uferpromenade in Richtung des Weißen Turmes unterwegs, auf einer eigens für sie vorgesehenen Spur, knallbunte Graffiti-Kunst schmückt viele Betonwüfel, und, das wohl wichtigste Zeichen der Hoffnung: Überall sind junge Menschen. Sie sind geblieben in ihrer Stadt. Weil sie – anders als in anderen griechischen Städten – zu Hause eine Zukunft sehen. Ein „Modell für ganz Griechenland“, wie es die Kontrolleure der internationalen Kreditgeber gern beschreiben?

Man muss keine langen Recherchen in Thessaloniki betreiben, um zu begreifen, wer für die Aufbruchstimmung im Norden des Landes verantwortlich ist. „Giannis Boutaris“, lautet die Antwort eines Stadtführers. „Giannis Boutaris“, lautet die Antwort einer Lokalreporterin. „Giannis Boutaris“, lautet die Antwort eines Wirtschaftsstudenten.

Es ist schon dunkel draußen, als Giannis Boutaris mit einiger Verspätung zum Gespräch in einer feinen Brasserie eintrifft. Ein kleiner, knittiger Mann von



Giannis Boutaris setzt auf die Nähe seiner Stadt zum Balkan.

Foto: afp

72 Jahren, weißes Igelhaar, Nickelbrille, goldener Ohrstecker; aus dem Jackenärmel lugt das Tattoo einer Eidechse hervor. Der Bürgermeister von Thessaloniki kommt, mal wieder, von einem Termin im Nachbarland Bulgarien. Auf den Straßen war viel los, Boutaris ist selbst gefahren.

Jeder Grieche weiß mit seinem Namen etwas anzufangen, denn die Boutaris sind eine der bedeutendsten Winzerdynastien des Landes, millionenschwer. Vor Jahren hat Boutaris den Betrieb seinen Kindern überschrieben, er macht jetzt Politik.

Seit 2011 ist er Bürgermeister von Thessaloniki, 2014 wurde er mit klarer Mehrheit wiedergewählt. Er war angezogen, um das jahrzehntelang wuchernde Klientelnetz der vormals in der Stadt regierenden konservativen Nea Dimokratia zu beseitigen. Um Reformen anzuschließen, die aus dem siechten Thessaloniki eine moderne, lebenswerte Großstadt machen sollten. Es scheint ihm zu gelingen. „Als ich anfang, schwor ich mir: Nicht die Verwaltung wird mich verändern – ich werde die Verwaltung ändern“, sagt Boutaris mit so leiser Stimme, dass man sich schon etwas über den Tisch beugen muss, um ihn verstehen zu können.

Das Tor zum Balkan



Grafik: dpa

Boutaris hat die Anzahl der städtischen Angestellten von 500.000 auf 350.000 gesenkt. Er kommt mit 22 Stadtdirektoren aus – sein Amtsvorgänger hielt 33 Posten für nötig; inzwischen ist er wegen Beihilfe zur Veruntreuung zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Boutaris reformiert und trimmt die Stadt auf Effizienz. Er tut genau das, was die EU seit Jahren von Griechenlands Regierungen mehr oder weniger vergebens fordert – und er weiß dabei einen Großteil der Bevölkerung hinter sich. Wie schafft er das?

„Es gibt kein Rezept“, sagt der Winzer, natürlich nicht. Und doch offenbaren sich im Gespräch mit ihm drei Prinzipien seiner Politik: Boutaris ist unabhängig, er ist trotz seines Alters erstaunlich offen für neue Ideen, selbst für Tabubrüche, und er will, dass die Menschen ihre Stadt als ihre Stadt begreifen.

Bestimmt ist es für einen Millionär einfach, auf die Seilschaften der alten Parteien zu verzichten. Und doch ist Boutaris eher die Ausnahme unter Griechenlands Reichen. Er pflegt das Image des

Quereinsteigers, bezeichnet sich selbst als „Anti-Politiker“ und die Athener Regierung aus Links- und Rechtspopulisten als „absolut töricht“. Zudem steigert er mit persönlichen Bekenntnissen seine Glaubwürdigkeit. So weiß die Öffentlichkeit, dass der Witwer trockener Alkoholiker ist.

Das Prinzip der parteipolitischen Unabhängigkeit zieht sich durch seinen Mitarbeiterstab. Ihn umgeben junge, kluge Menschen, die im Ausland studiert und gearbeitet haben und ihre weltoffene Haltung mit ins Rathaus bringen. Auch Boutaris ist viel herumgekommen, der von vielen Griechen gehegte nationalistische Stolz ist ihm fremd. Er sagt: „Thessaloniki soll nicht bloß eine wichtige Stadt in Nordgriechenland sein – die Stadt kann die Hauptstadt des südlichen Balkans

werden.“ Schon heute sind unter den 90.000 Studenten in der Stadt viele Bulgaren, Rumänen, Serben. Die Auswanderungswelle unter jungen Griechen bereitet Boutaris keine Sorgen: „Griechen haben immer schon im Ausland ihr Glück gesucht – neu ist, dass jetzt so viele talentierte junge Leute aus dem Ausland zu uns kommen.“

Thessaloniki, lange erzkonservativ, wandelt sich zur multikulturellen, auch touristisch zunehmend attraktiven Stadt. Zu den ersten Amtshandlungen Boutaris' zählte die Freilegung der tief reichenden türkischen und jüdischen Wurzeln der Stadt. Es gibt jetzt Stadttouren über das römische, osmanische und jüdische Erbe der Stadt – ein Tabubruch angesichts des tradierten Selbstverständnisses

Thessaloniki als hellenisches Bollwerk gegen lauter echte und eingebildete Feinde.

Um die Einheimischen nicht zu verschrecken, durften die Thessaloniker als Erste und kostenlos an den Führungen durch ihre Stadt teilnehmen. Die orthodoxe Geistlichkeit tobte, der Andrang war trotzdem groß.

„Menschen verhalten sich korrekt, wenn ihre Umwelt sich ihnen gegenüber korrekt verhält“, sagt Boutaris. „Die Griechen in Deutschland zahlen ganz selbstverständlich ihre Steuern, und hier bei uns habe ich Deutsche gesehen, die ihren Müll aus dem fahrenden Auto werfen. Wir müssen das System verändern, das die Menschen umgibt.“ Boutaris hält den Wandel für machbar, mehr noch: für unausweichlich. Der Gecko auf seinem Handrücken bezeugt das. Das Motiv hat er sich nach dem Tod seiner Frau stechen lassen – ein Tier, das sich ständig häutet und ihn daran erinnern soll, dass Wandel in der Natur des Lebens liegt.

Wir müssen das System verändern, das die Menschen umgibt.

Giannis Boutaris, Bürgermeister

„Die Zeit für Griechenland läuft echt ab“

VON TAKIS TSAFOS

ATHEN. Kaum noch Geld in den Kassen, hohe Schulden – und statt Wirtschaftswachstum jetzt auch noch eine Talfahrt. Griechenland ist erneut in die Rezession gerutscht. Zum Jahresauftakt ist die Wirtschaftsleistung im Vergleich zu den drei Monaten zuvor um 0,2 Prozent zurückgegangen. Bereits im Schlussquartal des Vorjahres war das Bruttoinlandsprodukt um 0,4 Prozent geschrumpft.

Viel schlimmer könnte es kaum kommen. Und doch bewegen sich Griechenland und die Euro-Partner in den Verhandlungen über blockiertes Rettungsgeld kaum vorwärts. Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem klingt regelrecht entnervt. „Wir zerren und wir ziehen“, sagt der niederländische Finanzminister. Die Meinungen über die notwendigen Reformen in Griechenland lägen noch weit auseinander, aber „die Zeit läuft echt ab“.

Der Stand der Dinge nach zähen Verhandlungsrunden von EU, Athen und Institutionen:

■ **Das ist erledigt:** Die korruptionsanfällige Steuerverwaltung wird als unabhängige Struktur neu aufgebaut. Das Dickicht der Mehrwertsteuersätze wird gelichtet. Die Luxussteuern werden erhöht – und die Immobiliensteuer, die Finanzminister Giannis Varoufakis abschaffen wollte, bleibt.

■ **Hier gibt es Fortschritte:** Athen macht Tempo bei der Privatisierung, im Gegenzug ist die Troika „im Prinzip“ einverstanden mit einem 200-Millionen-Euro-Programm, das die Ärmsten unterstützen soll. Auch beim Umgang mit faulen Krediten in den Bankbilanzen soll es eine Annäherung geben.

■ **Hier gibt es keine Annäherung:** Die Re-

gierung muss zusätzliche Sparmaßnahmen ergreifen, um den Einbruch beim Wirtschaftswachstum auszugleichen. Athen weigert sich weiter, den Gas- und Strommarkt dem EU-Recht gemäß zu liberalisieren. Die Troika fordert, das Gesetz, das Massenentlassungen verbietet, zu lockern und die großzügigen Regelungen zur Frührente abzuschaffen. Beides verweigert Athen.

Varoufakis zapft inzwischen die letzten Geldreserven an. Am Mittwoch nahm Athen insgesamt 1,138 Milliarden Euro für 13 Wochen in Form kurzlaufender Staatspapiere auf. Am heutigen Freitag müssen 1,4 Milliarden Euro Schulden refinanziert werden. Für den Rest wollte die Regierung, wie nun üblich, zusätzliche Wertpapiere versteigern.



Auf Reserve: Giannis Varoufakis. Foto: afp

Eine Schlappe als Chance?

Nach der Bremen-Wahl sammelt sich die Bundes-SPD und richtet ihr Augenmerk auf ein neues Bündnis mit der FDP

VON JOACHIM RIECKER

BERLIN. Fast 6 Prozentpunkte verloren, und dann tritt auch noch der Bürgermeister zurück – für die SPD war die Bürgerschaftswahl in Bremen ein kleines Debakel. Und doch hat das Ergebnis im kleinsten Bundesland für die Sozialdemokraten auch einen positiven Aspekt: das gute Abschneiden der FDP. Mit 6,6 Prozent haben die Liberalen sicher die Fünf-Prozent-Hürde genommen. Da der FDP nun nach der Hamburg-Wahl im Februar zum zweiten Mal in diesem Jahr der Einzug in ein Landesparlament gelungen ist, sind die Chancen gestiegen, dass der Partei auch bei der Bundestagswahl 2017 das Comeback gelingen könnte. Und zumindest aus heutiger Sicht ist eine rot-gelb-grüne Ampel-Koalition mit FDP und Grünen für den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel noch die aussichtsreichste Möglichkeit, Kanzlerin Angela Merkel vielleicht abzulösen. Will die SPD 2017 erfolgreich Wahlkampf führen, braucht sie eine Machtopion.

Vorbei sind jedenfalls die Zeiten, in denen die FDP vor allem als peinliche

Partei galt. Zwar zeigen die Meinungsumfragen, dass der Wiedereinzug in den Bundestag für FDP-Chef Christian Lindner und seine Mitstreiter kein Selbstläufer wird. Mehr als 4 Prozent stehen für die Partei bundesweit bisher nur selten zu Buche. Doch seit den Landtagswahlen in den beiden Hansestädten ist bei den Liberalen die Hoffnung spürbar gewachsen, 2017 dasselbe schaffen zu können wie die Grünen 1994 und die PDS 2005: die Rückkehr in den Bundestag nach mehrjähriger Auszeit.

Der mit 36 Jahren noch junge Parteivorsitzende Lindner macht schon seit Längerem deutlich, dass er auch zu einer Koalition mit SPD und Grünen bereit wäre, in der sich seine Parback als marktwirtschaftliches Gewissen profilieren könnte.

Auf keinen Fall will er die FDP noch einmal auf Gedeih und Verderb an die Union ketten, wie es Guido Westerwelle und sein glückloser Nachfolger bis zum bitteren Ende am Abend der Bundestagswahl 2013 getan hatten.

Doch der Weg zu einer Ampel-Koalition 2017 ist weit, sehr weit. Zunächst einmal gibt es noch immer keine Anzei-

chen dafür, dass es den Sozialdemokraten in absehbarer Zeit gelingen könnte, den deprimierenden 15-Prozent-Abstand zur Union nennenswert zu verringern. Wie festgemauert steht die SPD in allen Meinungsumfragen um die 25 Prozent, während CDU und CSU vor allem wegen Angela Merkel beständig auf rund 40 Prozent kommen. Bleibt es dabei



Machtopion für 2017 gesucht: SPD-Chef Sigmar Gabriel.

Foto: dpa

und kann die Linke ihre 8 bis 9 Prozent halten, ist für SPD, FDP und Grüne eine gemeinsame Mehrheit unerreichbar.

Rot-Rot-Grün im Bund will die SPD zwar nicht mehr grundsätzlich ausschließen. Doch die Ukraine-Krise hat die ohnehin großen Konflikte in der Außen- und Europapolitik noch weiter verschärft. Zudem wollen viele Linke im Bund gar

nicht mitregieren. Sie fürchten, ihre Partei müsse dann so viele Kompromisse machen, dass es zu einem massiven Vertrauensverlust bei der eigenen Anhängerschaft käme. Unbegründet ist diese Befürchtung nicht. Denn in allen drei ostdeutschen Ländern, in denen die Linke bisher als Juniorpartner an der Seite der Sozialdemokraten mitregiert hat, gab es bei den folgenden Wahlen herbe Verluste.

Bleibt für die SPD also nur die Ampel, um Merkel aus dem Amt zu drängen. Seit dem Wahlsonntag in Bremen ist diese Option zumindest ein klein wenig realistischer geworden. Doch damit sie nicht nur ein Gedankenspiel bleibt, muss die SPD bis zur Wahl 2017 vor allem eines tun: stärker werden, mehr Wähler für sich mobilisieren.

Nach Ansicht von Bundesvize Thorsten Schäfer-Gümbel ist das schlechte Abschneiden der SPD in Bremen auch die Folge mangelhafter Profilbildung. Die Sozialdemokraten müssten jetzt vor allem „mehr Mut zum Grundsätzlichen“ haben. Die „Nicht-Unterscheidbarkeit“ der Partei führe zum „Verlust der Orientierungskraft“ von Politik, sagte Schäfer-Gümbel.

Bremens Endergebnis

Die bisher in Bremen regierende rot-grüne Koalition ist trotz massiver Verluste bei der Bürgerschaftswahl am Sonntag knapp im Amt bestätigt worden. Dem Endergebnis zufolge könnte Rot-Grün die vor acht Jahren begonnene Regierung fortsetzen und sich auf eine Mehrheit von 44 der 83 Sitze im Landesparlament stützen. SPD-Chef Dieter Reinken hat allerdings auch ein Bündnis mit der CDU als Option ins Spiel gebracht. Eine solche Große Koalition würde über 50 Mandate verfügen. Erst nach der Analyse des Ergebnisses will die SPD entscheiden, wem sie Koalitionsgespräche anbietet – und wer neuer Regierungschef werden soll.

Nach dem Endergebnis erhält die SPD 32,8 Prozent (-5,8 Punkte), die Grünen holen 15,1 Prozent (-7,4) und sind damit nur noch drittstärkste Kraft hinter der CDU, die auf 22,4 Prozent (+2) kam. Die Linke kam auf 9,5 (+3,9), die FDP auf 6,6 (+4,2) und die AfD auf 5,5 Prozent, die großen Gewinner der Wahl. Die Beteiligung sank auf nur noch 50,1 Prozent.